



Landes-SGK EXTRA Brandenburg

09/10 | 2020

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Brandenburg e.V.

Liebe Freundinnen und Freunde sozialdemokratischer Kommunalpolitik,

in diesem Jahr ist alles etwas anders. Auch für die SGK Brandenburg. Das betrifft nicht nur die Veranstaltungen – wir sind jetzt vermehrt virtuell unterwegs – und die Themen – wer hätte vor einem Jahr gedacht, dass wir über eine kommunale Notlagenverordnung nachdenken werden –, sondern auch einen für uns sehr wichtigen Termin: das 30-jährige Jubiläum der SGK Brandenburg! Auch wenn wir es jetzt nicht so feiern können, wie wir es uns gewünscht

haben, sind wir in der SGK und in den Kommunen Brandenburgs engagiert haben. Das war es sicherlich, was die 150 „Gründerinnen“ und „Gründer“ im Sinn hatten, als sie der Einladung des SGK-Gründungs Ausschusses folgten und sich im Neuruppiner Kulturhaus „Stadtgarten“ trafen. Viele werden sich noch erinnern können, andere kennen es vielleicht aus Erzählungen: Es waren aufregende Jahre des Aufbruchs für die Gemeinden und Städte und die SGK Brandenburg.

Im Oktober 1990 das Land Brandenburg neu gegründet. Nach den Landtagswahlen im Oktober wurde Manfred Stolpe dann Ministerpräsident.

Aber mit guten Ideen und Idealen ist es nicht getan, es muss auch umgesetzt werden. Dabei erhielt die SGK tatkräftige Unterstützung, nicht zuletzt von Bernd Feldhaus, langjähriger Landtagsabgeordneter in Nordrhein-Westfalen und als früherer Geschäftsführer auch der Geburtshel-

Inhalt

Stimmen zu 30 Jahren SGK Brandenburg

Aufwandsentschädigung: Wer bekommt wie viel?

Er hat uns etwas hinterlassen, das zu lesen ich Ihnen gerne ans Herz legen möchte – Erfahrungsberichte kommunaler Mandatsträger der ersten Wahlperiode 1990-1993 in Brandenburg, die er in dem Buch „...und auf einmal im Rathaus“ zusammengetragen hat.

Es lohnt sich zu lesen, wie Wege gefunden werden mussten, um Politik und Verwaltung zu gestalten. Darin schreibt er unter anderem: „Die Zeiten nach dem 9.11.1989 haben für die Menschen unterschiedliches Tempo, und die Entwicklungen und Ereignisse differieren lokal.“ Bei aller Unterschiedlichkeit war aber doch allen eines gemeinsam: Wer sich engagierte, wollte gestalten und bekam dabei Unterstützung. Durch die Vermittlung von Wissen, die Beratung, aber auch durch den Austausch aller untereinander.

Das werden wir auch weiterhin sein: Bildungsveranstalterin, Plattform und Ratgeberin. Wir möchten uns auch weiterhin für die Kommunen Brandenburgs einsetzen und die Haupt- und Ehrenamtlichen dabei unterstützen und begleiten, die sich in den Kommunen engagieren.

Ihr

Christian Großmann
SGK-Vorsitzender



30 Jahre SGK Brandenburg

Foto: SGK Brandenburg

hätten, freuen wir uns ganz besonders, dass so viele Mitglieder der ersten Jahre daran gedacht und in den nachfolgenden Beiträgen ihre guten Wünsche und Gedanken niedergeschrieben haben. Bei ihnen möchten wir uns ganz herzlich bedanken! Und freuen uns auf die Jubiläumsfeier im kommenden Jahr.

Wir möchten uns auch bei all jenen bedanken, die sich seit ihrer Grün-

dung in der SGK und in den Kommunen Brandenburgs engagiert haben. Und die Gründung fiel (früh) in bewegte Zeiten. Nachdem am 1. Juli 1990 die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR in Kraft getreten war und am 31. August 1990 der Einigungsvertrag unterzeichnet wurde, der den Beitritt der fünf Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen zum Geltungsbereich des Grundgesetzes festlegte, wurde am 3.

Oktober 1990 das Land Brandenburg neu gegründet. Er hat mit seinem Wissen und seiner Unterstützung nicht nur den Aufbau der SGK Brandenburg, sondern auch die vielen Menschen unterstützt, die sich dort engagieren wollten, wo das Leben stattfindet – in den Kommunen, in den Rathäusern, den Ämtern, den Landratsämtern, den Kreistagen, den Gemeindevertretungen, den Stadtverordnetenversammlungen und den Ortsbeiräten.

Stimmen zu 30 Jahren SGK Brandenburg

Zusammengestellt von SGK Brandenburg



v. l. n. r. u. a. Karl-Ludwig Böttcher, Hans-Joachim Laesicke, Michael Finis, Petra Ketzner, Steffen Reiche, Alwin Ziel, Dietrich Hohmann, Bernd Feldhaus (ganz rechts) Foto: Steffen Reiche

Geglückter Start in Neuruppin

Martin Gorholt, vom 1. August 1990 bis Ende 1994 Landesgeschäftsführer der SPD Brandenburg

Ich kann mich noch gut an den 15. September 1990 erinnern. Durch die Initiative von Silke Bringmann, Sozialdemokratin und erste Bürgermeisterin der Fontane-Stadt nach der „Wende“, fand die Veranstaltung in Neuruppin statt. Bei den ersten und einzigen freien Kommunalwahlen in der DDR am 6. Mai 1990 war die SPD im späteren Land Brandenburg mit 28,2 Prozent stärkste Partei geworden und stellte die meisten Landräte und hauptamtlichen Bürgermeister.

Sie waren aus ihren Berufen ins kalte Wasser gesprungen und übernahmen in den schwierigen Zeiten des demokratischen Aufbruchs und gesellschaftlichen Umbruchs Verantwortung.

Es wurde also Zeit, eine Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik zu gründen, die Unterstützung organisieren, Meinungsbildung voranbringen und für das neu entstehende Land Ansprechpartner sein konnte.

Am 26. Mai begründete sich der SPD-Landesverband Brandenburg mit Steffen Reiche an der Spitze, am

1. September wählte der Landesparteitag in Cottbus Manfred Stolpe als Spitzenkandidaten für die Landtagswahlen am 14. Oktober.

Mittendrin in dieser schnelllebigen Zeit gründete sich die SGK Brandenburg im Neuruppiner Stadtgarten. Natürlich spielte im Ablauf der Veranstaltung auch der Wahlkampf seine Rolle, die SGK-Vorstände aus Düsseldorf und Bonn unterstützten die Veranstaltung.

Mit dabei war auch Sabine Zech, SGK-Vorsitzende in NRW und Oberbürgermeisterin in meiner Geburtsstadt Hamm, also ein kleines Wiedersehen, denn wir hatten sie als Jusos in manchen Konflikten unterstützt.

Erster Brandenburger SGK-Vorsitzender wurde Hans-Jochen Wölfer, dem später die Eichwalder Bürgermeisterin Petra Ketzner folgte, die genauso zu den Gründungsmitgliedern gehörte wie Hans-Joachim Laesicke aus Oranienburg, der später zehn Jahre lang der Vorsitzende war.

Eine Person aus der Anfangszeit möchte ich noch erwähnen: Bernd Feldhaus. Er kam aus Münster, war ein erfahrener Kommunalpolitiker, hatte aber auch viele Jahre im Landtag von NRW gesessen. Er war der erste Geschäftsführer der SGK, bis ihn im Juli 1991 Dietrich Hohmann aus Werder ablöste. Bernd war den

Menschen zugewandt, fröhlich und verständig, stand auch in kleinen Dingen gern mit Rat und Tat zur Seite. Er brachte 1994 ein Büchlein heraus mit dem Titel „Und auf einmal im Rathaus“. Er starb 2013 in Münster.

Die Abstimmungen zwischen der kommunalen und der Landesebene waren in Brandenburg von Anfang an sehr eng. Regelmäßig fanden große Konferenzen für alle sozialdemokratischen kommunalen Mandatsträger mit Manfred Stolpe und seinen Ministerinnen und Ministern statt.

Innenminister Alwin Ziel stand ganz vorne für diesen Dialog, der eine gute Basis für eine erfolgreiche Kommunale Gebietsreform legte, mit der die Zahl der Landkreise und Kreisfreien Städte von 44 auf 18 reduziert wurde.

Am 5. Dezember wurde in den neuen Strukturen gewählt und die SPD erzielte mit ihren 3.500 Kandidatinnen und Kandidaten (bei 6.500 Mitgliedern) 34,5 Prozent der Stimmen. Diese erfolgreiche Arbeit in den Kommunen wäre ohne die aktive Informations-, Unterstützungs- und Bildungsarbeit der SGK nicht möglich gewesen.

Die kommunale Verankerung ist die Basis dafür, dass die SPD in Brandenburg seit 30 Jahren erfolgreich das Land gestaltet. Herzlichen Glückwunsch zum 30-jährigen Bestehen und Danke an alle, die die Arbeit geleistet und diese Zeit geprägt haben.

Im Interesse der Kommunen und aller Bürger

Manfred Richter, langjähriger Vorsitzender der SGK Brandenburg sowie ehemaliger Bürgermeister von Rheinsberg und Landtagsabgeordneter

Es gibt viele Vereine, Verbände, Organisationen, die alle möglichen Interessen vertreten. Die SGK ist für

mich etwas besonderes, weil sie eben nicht Einzelinteressen vertritt, sondern die Interessen der Kommunen und damit aller Bürger, denn alle Bürger leben in Kommunen.

Als Kommunalpolitiker habe ich die Arbeit der SGK, die Unterstützung der Kommunalpolitiker sehr geschätzt. Die immer sehr praktischen Probleme vor Ort werden von der SGK aufgegriffen und mit den Kommunalpolitikern diskutiert, um dann auf unterschiedlichen Ebenen zu einer Lösung oder einer Verbesserung zu kommen.

Ich habe in den letzten 24 Jahren viele engagierte, sympathische Kommunalpolitiker kennengelernt und bin mir sicher, dass die SGK viele weitere, erfolgreiche Jahre vor sich hat.



Manfred Richter, Kommunalkongress 2005 Foto: SGK Brandenburg

Kommunalpolitische Solidargemeinschaft

Hansi Laesicke, ehemaliger SGK-Landesvorsitzender und Bürgermeister von Oranienburg 1993 bis 2018

Als sich vor 30 Jahren im damaligen Kreiskulturhaus Neuruppin bei deftigem Eintopf ebenso engagierte wie unerfahrene Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten trafen, um die erste und letzte SGK in der zu Ende gehenden DDR zu gründen,



Hansi Laesicke und Regine Hildebrandt 1996

Gut gerüstet in die Kommunalpolitik

Klara Geywitz, stellvertretende SPD-Parteivorsitzende

Das Gefährlichste auf der Welt sind dumme Politiker. Deswegen ist politische Bildung ungemein wichtig. Die SGK ist in Brandenburg seit Jahrzehnten verlässlich an der Seite von Kommunalpolitikern und denen, die es werden wollen. Auch mir haben



Klara Geywitz

Foto: privat

ging es vor allem um die Schaffung einer kommunalpolitischen Solidargemeinschaft, um in chaotischer Zeit aneinander Halt zu finden.

Ebenso wichtig war es aber auch, mit breiter Brust für den hohen Stellenwert der kommunalen Selbstverwaltung, die es im zentralistischen DDR-Regime nicht gab, im künftigen Land Brandenburg streiten zu wollen. Beide Ziele bleiben zeitlos gültig!

die diversen Seminare von Baurecht bis zu Konfliktmanagement geholfen, gut gerüstet in meine erste Wahl als Stadtverordnete zu gehen. Besonders freut mich, dass die SGK beharrlich ein dickes Brett bohrt und insbesondere Frauen für kommunale Ämter begeistern will. Viel Erfolg auch Euch die nächsten 30 Jahre.

1990 – das Jahr der Veränderungen

Andreas Noack, Mitglied des Landtages Brandenburg

1990 – das Jahr der Veränderungen: Für mich war der 6. Mai 1990, der Tag der ersten freien Kommunalwahlen in der DDR, einer der bewegenden Tage des Einheitsjahres. Plötzlich war ich als 24-Jähriger Kreis- und Stadtverordneter in Oranienburg und Velten. Nun ging es an die Arbeit und ein „Handbuch vom Übergang vom Sozialismus in den



Andreas Noack bekommt Unterstützung von Berliner Genossen 1990. Foto: Noack

Kapitalismus“ gab es nicht. Am 1. Juli hatten wir eine neue Währung und die letzte DDR-Regierung bemühte sich redlich einen „Einheitsvertrag“ mit ostdeutschen Inhalten zu verhandeln. Trotz der Freude über die gewonnene Freiheit hatten wir viele Sorgen. Weder eine Stadt- noch eine Kreisverwaltung waren vorbereitet und die „neuen Abgeordneten“, welche nun entscheiden mussten auch nicht. In gewisser Weise haben wir bei „Null“ angefangen und dies mit vielen neuen Köpfen. Es war aber auch eine „riesige Chance“ – nur Zeit darüber nachzudenken blieb mir damals nicht.

Anzeige

**JETZT
kostenlos
Probelesen!**

DEMO
VORWÄRTS-KOMMUNAL
■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE
MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

Probeabonnement für 3 Ausgaben
jetzt kostenlos bestellen:

www.demo-online.de
☎ 030/740 73 16-61

Dieses Abonnement ist kostenfrei
und läuft automatisch aus.

bnr.de
blick nach rechts

„Die Bekämpfung von Rechts-
extremismus ist nach wie vor ein
aktuelles und
zentrales Thema.
Wer den ‚blick nach
rechts‘ regelmäßig
liest, erkennt
die aktuellen
Gefahren von
Rechtsaußen und
kann sachkundig
argumentieren.“

Schirmherrin Ute Vogt

Weitere Informationen im Netz:
www.bnr.de

Anzeige

Wie ändern wir kurzfristig die erbärmlichen Zustände von behinderten Kindern in einem Veltener Pflegeheim? Grundstücksfragen, nächtelange Sitzungen ... Wie kommt die D-Mark von Potsdam in den Kreis Oranienburg? Was wird aus den Mitarbeitern von Einrichtungen? Fragen über Fragen, und nicht auf jede hatte ich eine Antwort. Genossen aus Berlin-Tegel oder der Innenminister von NRW Herbert Schnoor waren genauso eine Hilfe wie viele engagierte Bürger, welche alle ein Ziel hatten: Ein besseres, ein sozialeres und ein demokratisches Land zu gestalten. Eine bewegende Zeit, welche mich bis heute prägt.

Runder Geburtstag

Ralf Steinbrück,
Bürgermeister der Gemeinde
Schöneiche bei Berlin



Ralf Steinbrück

Foto: privat

Alles Gute zum Geburtstag!

Seit Beginn meines kommunalpolitischen Engagements vor 25 Jahren hat mich die SGK Brandenburg begleitet: mit Seminaren, Veranstaltungen, Erfahrungsaustausch und Informationen. Damals haben mir die „Altvorderen“ die Mitgliedschaft in der SGK nahegelegt, heute empfehle ich sie weiter und berichte von den Seminaren damals in Geltow mit Thomas Lilienthal (Baurecht) und Dr. Ulrich Ulonska (Rhetorik).

Die Zeiten ändern sich zwar, der Schulungs-, Informations- und Austauschbedarf besteht aber weiter. Auf die nächsten 30 Jahre!

Weiterbildung in besonderer Form

Gerd Haberstroh,
Mitglied der SPD-Fraktion der
Stadtverordnetenversammlung
Premnitz

SGK, das heißt für mich: Weiterbildung, Weiterbildung in besonderer Form. Unser OV – damals noch Premnitz, heute Premnitz-Milower Land – hat mehrfach die angebotenen Seminare und Vorträge in Form von Klausuren durchgeführt. Der Vorteil aus meiner Sicht: Die Klausur bietet die Zeit, ein Thema mal etwas ausführlicher zu behandeln und nicht nur als Tagesordnungspunkt abzuarbeiten.

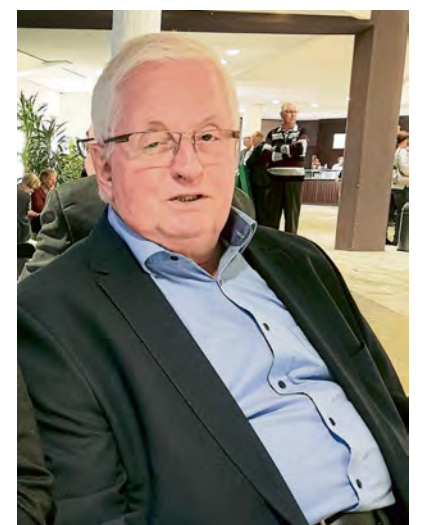
Man versteht Meinung und Einstellung der Partner besser und kann dadurch erfolgreicher miteinander agieren. Das hat mir immer gut gefallen und ich kann diese Verfahrensweise nur empfehlen.

Kommunalpolitische Begleitung

Diether Pickel, ehemaliger
Stadtverordneter in Meyenburg

Die SGK – meine kommunalpolitische Begleiterin

Es war im Jahr 1993. Wichtige Vereinbarungen für den Zusammenschluss der Landkreise Pritzwalk und Perleberg zum Landkreis Prignitz wurden in der Arbeitsgruppe „Verwaltung“ vorbereitet. In dieser Arbeitsgruppe saß ich als Personalratsvorsitzender neben meinem damaligen Landrat Reinhard Götze (SPD, verstorben), als die Vertreter des Landkreises Pritzwalk.



Diether Pickel

Foto: privat



KOMMUNAL, SOZIAL, DEMOKRATISCH

DER DEMO-NEWSLETTER!

EINFACH ABONNIEREN

Auf www.demo-online.de/newsletter
Ihre E-Mail-Adresse sowie Vor- und
Nachnamen eingeben und bestellen.

Erscheint 1x im Monat.
Kostenlos und aktuell.

Durch diese Gemeinsamkeit wurde ich eines Tages im September/Oktober in seinem Vorzimmer überzeugt, als Kandidat der SPD für die Stadtverordnetenversammlung in Meyenburg zu kandidieren. Deshalb trat ich auch am 17. Oktober 1993 in die SPD ein. Bei den Kommunalwahlen am 6. Dezember 1993 wurde ich sogar gewählt. Aber von den Aufgaben hatte ich nur wenig Ahnung. In einem Gespräch mit Reinhard nach den Wahlen empfahl er mir darum die SGK als Wegbegleiterin. Reinhard war bekanntlich zu dieser Zeit im Vorstand der SGK.

Nach diesem Gespräch war mein Eintritt in die SGK am 3. Februar 1994 eine logische Folge. Die SGK mit ihren vielfältigen Seminarangeboten war von da an über 20 Jahre meine Begleiterin bei der ehrenamtlichen Tätigkeit als Abgeordneter. Viele Wochenenden wurden anfangs dafür geopfert. Aber die Zeit war gut angelegt, denn auch für meine Tätigkeit als Verwaltungsangestellter waren die Inhalte hilfreich.

Zwei besondere Höhepunkte durfte ich als Mitglied der SGK erleben. Es waren die Teilnahme als Delegierter an der Versammlung der Bundes-SGK in Dortmund (2003) und die Auszeichnung der „kleinen“ Bibliothek in Meyenburg mit der Ehrenurkunde im Rahmen des Kommunalen Kulturpreises 2005.

Als kleines Dankeschön bleibe ich der SGK als Rentner weiterhin verbunden.

Gute Zusammenarbeit

Erika Schumann, Fraktionsgeschäftsführerin SPD-Kreistagsfraktion Prignitz

Zuerst meinen allerherzlichsten Glückwunsch zu Eurem Jubiläum. Gerne denke ich an die Anfangszeit zurück. Damals schon begleitete ich unsere SPD-Kreistagsfraktion Prignitz und wir waren froh und glücklich, dass Ihr uns immer mit den so dringend erforderlichen Informationen über die Kommunalpolitik und ihren Grundlagen versorgt habt. Ohne Euch wäre uns manche Entscheidung schwerer gefallen. So haben wir Fehler vermieden. Dafür erst einmal den allerherzlichsten Dank.

Als Geschäftsführerin unserer Kreistagsfraktion möchte ich Euch auch dafür danken, dass es mit Eurer Hilfe möglich ist, seit vielen Jahren gemeinsam mit den Fraktionen der Stadtverordnetenversammlungen und auch in Zusammenarbeit mit dem Nachbarkreis Ostprignitz-Ruppin jährlich eine Klausurtagung zu aktuellen politischen Themen durchzuführen. Das hilft unseren Kommunalpolitikern, sie möchten diese Tagungen nicht mehr missen.

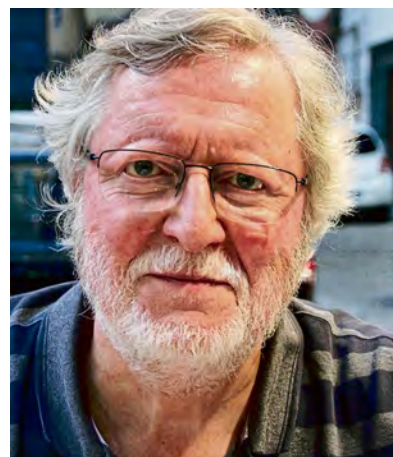
Macht Eure unterstützende Arbeit engagiert weiter – so wie bisher. Wir freuen uns auf weitere gute Zusammenarbeit.

Vor Ort gegen den Trend

Harald Grimm, Vorsitzender der Gemeindevertretung Mühlenbecker Land 2008 bis 2020

Meine Gemeinde Mühlenbecker Land wurde im Rahmen der Kommunalreform 2003 aus den vorher selbstständigen Orten Schildow, Mühlenbeck, Schönfließ und Zühlsdorf gebildet. Deren SPD-Ortsvereine hatten sich vor den ersten Kommunalwahlen zusammenschlossen; aber die Mehrheit der Gemeindevertreter und den ersten Bürgermeister stellte die CDU.

Im Bund regierte damals Gerhard Schröder rot-grün mit Joschka Fischer, aber nach den Bundes-



Harald Grimm Foto: privat

tagswahlen 2005 begann die Ära Merkel, zuerst schwarz-rot, dann schwarz-gelb, seit 2014 wieder schwarz-rot. Zum Schwarzärgern ... aber in unserer Gemeinde haben wir in derselben Zeit alles gewonnen: 2008 stärkste Fraktion und seitdem Vorsitz der Gemeindevertretung, 2011 wurde Filippo Smaldino Bürgermeister und 2019 wiedergewählt. Wir haben immer die meisten Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt, attraktive Personenlisten mit Männern und Frauen, jung und alt, Parteimitgliedern und anderen ehrenamtlich Aktiven.

Auf unseren Antrag beschloss die Gemeindevertretung 2012 als Motto: „Das Glück liegt so nah“. Sich dafür zu engagieren und es zu ergreifen – dafür lohnt Kommunalpolitik und kann auch gegen den Trend erfolgreich sein!

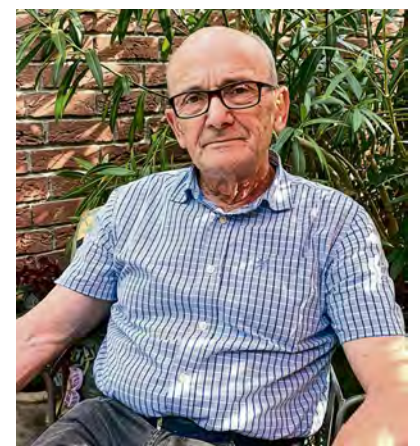
30 Jahre aktiv

Ralf Becker, ehemaliger Gemeindevertreter und Ortsbeirat in Wandlitz

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Glückwunsch zum 30-jährigen Jubiläum der SGK Brandenburg, deren Mitglied ich schon seit vielen Jahren bin.

Ich bin selbst seit 30 Jahren aktiv in der Kommunalpolitik der Gemeinde Wandlitz tätig und habe als Mitglied der SPD-Fraktion, als Gemeindevertreter und als Mitglied des Ortsbeirats der Gemeinde Wandlitz sowie in verschiedenen Ausschüssen und Arbeitsgruppen versucht, die sozialdemokratische Kommunalpolitik in unserer Gemeinde mitzugestalten.

In der DEMO fand ich Informationen und Anregungen über andere Erfahrungen und interessante kommunalpolitische Themen, die mich oft in der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung unterstützten und bestärkten. Vielen Dank dafür und auch weiterhin für eine gute, die sozialdemokratische Politik stärkende Redaktionsarbeit.



Ralf Becker Foto: privat



Manfred Stolpe, Mitgliederversammlung 1995 Foto: SGK Brandenburg



v. l. n. r.: Reinhard Stark, Petra Ketzer, Karsten Tausch, Hannelore Elmer, Thomas Schmidt, Dietrich Hohmann, Hans-Joachim Laesicke, Udo Appenzeller, Martina Wardin, Diether Pickel 2003 Foto: SGK Brandenburg

Wer bekommt wie viel?

Reibungspunkt Aufwandsentschädigungssatzung

Autor Maximilian Wonke, Bürgermeister der Gemeinde Panketal und Mitglied im Vorstand der SGK Brandenburg

Satzungen sind die „kleinen Gesetze“ der Kommunen. Der Rahmen für diese kleinen Gesetze ist natürlich eng gesteckt, sind doch Kommunen das letzte Glied der staatlichen Hackordnung. Doch sind sie so dicht am Bürger wie keine andere Institution und können daher ortsangepasst oft am besten auf die Bedürfnisse und Erfordernisse, besonders durch Satzungen, eingehen. Eine Satzung, die meist nur zum Zeitpunkt ihres Beschlusses im öffentlichen Fokus steht und gerne zum Politikum wird, ist die Aufwandsentschädigungssatzung. Die Kreistagsabgeordneten, Stadtverordneten oder Gemeindevertreter müssen nämlich darüber entschei-

den, wie viel Geld sie sich selbst pro Sitzung und Monat ihrer Tätigkeit „gönnen“. Kann man dann eigentlich noch von Ehrenamt sprechen, wenn man für den geleisteten Aufwand Geld erhält? Was ist dem Aufwand angemessen? Die Diskussion wird in der Regel ein halbes Jahr nach Kommunalwahlen mitunter heiß geführt, wenn die Verwaltungen dazu neue aktualisierte Vorlagen einbringen. Doch dabei gibt es klare Rahmen, die einzuhalten sind, wobei manche Vorgaben auch auf Missverständnis stoßen.

Vorgaben des Landes

Grundlage der Aufwandsentschädigung bildet §30 Absatz 4 unserer

Kommunalverfassung (kurz: KommVerf): „Gemeindevertreter haben Anspruch auf Ersatz ihrer Auslagen und ihres Verdienstausfalls. Sie können eine angemessene Aufwandsentschädigung erhalten.“ Hier kommen schon zwei Dinge auf, die zeigen, wie die Kommunen selbst entscheiden dürfen. Erstmal heißt es „können“ und dann „angemessen“. Nun gibt es jene, die gerne, weil es opportun ist, sagen, dass ein Ehrenamt gar kein Geld bekommen sollte. Doch Ehrenamt ist eben nicht gleich Ehrenamt. Gerade in diesen Zeiten haben wir erlebt, wie wichtig das Funktionieren des Staates ist – und zwar besonders auf der untersten Ebene. So sind Gemeindevertreter,

Stadtverordnete oder Kreistagsabgeordnete eben nicht x-beliebige ehrenamtliche Tätige. Auch wenn es nicht jeder so sieht: Sie erfüllen eine staatstragende Aufgabe! Kommunale Mandatsträger stehen zu ihren Kommunen in einem beamtenähnlichen Verhältnis! Sie schwören einen Eid und haben neben vielen Rechten auch zahlreiche Pflichten. So könnte das bewusste unentschuldigte Fernbleiben einer Sitzung sogar geahndet werden (vgl. § 25 KommVerf). Soweit sollte es normalerweise nicht kommen. Jedoch rechtfertigt dies mehr als genug, weshalb ehrenamtliche Kommunalpolitiker nicht nur eine Entschädigung erhalten können, sondern sollen.

Anzeige

DEMO
VORWÄRTS-KOMMUNAL
■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE
MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

**BESUCHEN
SIE UNS AUF**
www.demo-online.de

MEHR INFOS. MEHR HINTERGRÜNDE.

Mit Blickpunkt, Aktuelles, Kommunal-Blog, DEMO-Kommunalkongress, Reporte, u. v. m.

Zur Thematik der Angemessenheit hat das Land keine klaren Vorgaben gemacht – und das ist auch gut so. Allerdings hat es nach oben hin Grenzen eingezogen, an denen man sich gut orientieren kann. Sie sind in der Kommunalaufwandsentschädigungsverordnung (ist Deutsch nicht eine schöne Sprache?) geregelt. Diese KomAEV legt den Maßstab an die Größe der zu vertretenden Bevölkerung an. In Gemeinden oder Städten unter 5.000 Einwohner dürfen dies für den Mandatsträger höchstens 70 Euro pro Monat sein. Einer oder einem Kreistagsabgeordneten eines Kreises mit mehr als 150.000 Einwohnern sind höchstens 320 Euro vergönnt. Dazu kommen sogenannte Sitzungsgelder für die Teilnahme an vorbereitenden Sitzungen.

Der feucht-fröhliche Stammtischabend einer lokalen Wählergruppe würde schwer darunter fallen, deren Fraktionssitzung aber schon, auch wenn manchmal zwischen beidem die Grenzen fließend scheinen. Weiter werden Entschädigungen geregelt für diverse zusätzliche Funktionen wie Ausschuss- und Fraktionsvorsitze. Fraktionen als solche können auch Gelder erhalten, um ihre Geschäftszwecke zu erfüllen. Diese dürfen nach aktueller Rechtsprechung nicht ausschließlich nach der Anzahl der Mitglieder berechnet werden. Bei den möglichen Ausgaben für Fraktionsgelder sollte vor Beschluss der Satzung darauf geachtet werden, dass Mitgliedschaften in kommunalen Vereinigungen – wie der SGK – explizit vorgesehen werden. Jedes Mitglied der Fraktion, darunter fallen auch die Sachkundigen Einwohner, sollte in den Genuss der Kompetenz der SGK kommen dürfen.

Schwach(e)stellen

Die getroffenen Regularien auf Landesebene bilden ein robustes Gerüst, das aber auch einige Schwachstellen hat, die es zu diskutieren gibt. Fallen Kommunalpolitiker zum Beispiel durchgängig mehrere Monate aus, steht ihnen für die Abwesenheit keine Entschädigung mehr zur. Doch die Frage nach dem dauerhaften Vertreter ist interessant. Sollte dieser oder diese nicht dann die zusätzlichen Aufwandsentschädigungen erhalten? Die Vertreterin oder der Vertreter bekommt diese

tionen, garniert mit einigen Repräsentationsaufgaben.

Dadurch kann nur erklärt werden, warum Ortsbeiräte in der KomAEV seit einer Änderung vom 8. Juli 2019 ganz unter den Tisch fallen und keinerlei Erwähnung mehr finden. Also greift – ohne eine in der Verordnung festgelegte Höchstgrenze – die Kommunalverfassung, in der wiederum nur von der Angemessenheit die Rede ist. Aus meiner Sicht eine Regelungslücke, die nun örtlich verschieden gelöst wird.



Maximilian Wonke

Foto:privat

nur anteilig. Dabei spielt es keine Rolle, wie lange diese Vertretung anhält. Eine Frage, die sich nach meinem Dafürhalten im Innenverhältnis des Gremiums klären müsste. Einfach gesagt: Bleibt bspw. ein Fraktions- oder Ausschussvorsitzender unabsehbar lange seinem Amt fern, sollte ein neuer benannt oder gewählt werden.

Ebenfalls interessant ist die Rolle der Ortsbeiräte und Ortsvorsteher zu sehen. Diese sind per Definition – und das war auch in den Corona-Eindämmungsverordnungen dem letzten klar geworden – keine Vertretungskörperschaften, da Ortsteile keine Gebietskörperschaften sind. Ihre Aufgabe beschränkt sich auf beratende und hinweisende Funk-

tenhauses bekommt. Seit der letzten Erhöhung vom 1. Januar 2020 mit 937 Euro ein lohnenswerter Nebenverdienst – ja, das ist monatlich. Die oder der Vorsitzende einer BVV erhält zusätzlich das Zweifache der Grundentschädigung. Glücklicherweise, wer da noch von „Aufwands“-Entschädigung oder Nebenverdienst sprechen kann. Für die weiten und komplizierten Wege, die ein BVV-Mitglied durch den Verkehrsdschungel auf sich nehmen muss, ist eine Pauschale von 41 Euro vorgesehen. Eine Kommentierung in Bezug auf die Schuldenlast dieses Bundeslandes erspare ich den Leserinnen und Lesern an dieser Stelle lieber.

Fazit

Im Grunde genommen sind zwei Dinge festzuhalten: Kommunalpolitiker sollen für ihre Tätigkeit angemessen entschädigt werden. Das Land regelt einfach und nachvollziehbar die Höchstsätze, an denen sich Stadtverordnete und Gemeindevertreter sehr gut orientieren können. Nebenausgaben der Fraktionen – wie die für Technik, Kommunikation oder auch Beiträge zu kommunalpolitischen Vereinigungen – sollten dabei nicht unter den Tisch fallen, sondern gehören ebenso dazu.

Der Vergleich mit den Nachbarn

In unseren benachbarten Bundesländern sind die Summen der Aufwandsentschädigungen durchaus ähnlich – bis auf eine Ausnahme. Schauen wir mal in die Mitte Brandenburgs: nach Berlin. Gemeindevertreter oder Stadtverordnete gibt es hier nicht – aber Bezirksverordnete, die man bevölkerungstechnisch den Kreistagsabgeordneten gleichsetzen kann. In Berlin richten sich deren Entschädigungen nicht nach unterschiedlichen, je nach Bezirk unterschiedlichen Satzungen, die per Ministererlass festgesetzte Höchstgrenzen haben, sondern sind klar geregelt. Ein Bezirksverordneter erhält genau 15 Prozent dessen, was ein Mitglied des Abgeordne-

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:

SGK Brandenburg e.V.,
Alleestraße 9, 14469 Potsdam

Redaktion: Rachil Ruth Rowald,
Geschäftsführerin, V.i.S.d.P.
Telefon: (0331) 73 09 82 01

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld